

Zum Stand der
deutsch-amerikanischen
Beziehungen
nach dem Europabesuch
von Präsident Bush

Der neue Primat der Diplomatie

Christian Hacke

Wenige Tage nach seinem Wahlsieg im November 2004 wurde Präsident Bush von Condoleezza Rice eine außenpolitische Prioritätenliste vorgelegt. An oberster Stelle stand der Vorschlag zur Verbesserung der Beziehungen zu Europa. In diesem Sinne entwickelte die Regierung Bush die aufeinander abgestimmten Europabesuche der neuen US-amerikanischen Außenministerin, des neuen „alten“ Verteidigungsministers Rumsfeld und schließlich des US-Präsidenten selbst zur umfassenden Charmeoffensive. Mit neuer diplomatischer Geschmeidigkeit betont die Regierung Bush jetzt – für viele Europäer überraschend – die zivilisatorische Attraktivität der USA und die Kraft der sanften Macht: „Ich verwende das Wort Macht im weiteren Sinne. Dennoch wichtiger als militärische und auch wirtschaftliche Macht ist die Macht der Ideen, die Macht des Mitgefühls und die Macht der Hoffnung“, so Condoleezza Rice in Paris.

Dass dies nicht nur Rhetorik bleibt, verdeutlicht ein Blick auf den neuen US-Haushalt der zweiten Amtsperiode: Die vermehrte Bereitstellung von Mitteln für internationale Organisationen sowie die zum Teil beachtlich erhöhten Ausgaben für Diplomatie und für Bildungs- und kulturelle Austauschprogramme beweisen, dass Präsident Bush mehr als einen stilistischen Paradigmenwechsel vorgenommen hat. War die erste Amtszeit von amerikanischem Unilateralismus und der Betonung von militärischer Macht gekennzeichnet, so wird nun Bereitschaft zu multilateraler Kooperation

und Konsultation in Szene gesetzt. Standen sich in der Irakkrise die amerikanische Arroganz der Macht und die europäische Arroganz der Ohnmacht kompromisslos gegenüber, so zeigte Präsident Bush bei seinem Europabesuch eindrücklich diplomatische Lernfähigkeit. Er führte den neuen Primat der Diplomatie so gekonnt und geschmeidig vor, wie es die Europäer allenfalls von einem Präsidenten Kerry erwartet hätten.

Der Blick hinter die Charmeoffensive

Bushs Reise nach Europa geriet zu einer bis ins kleinste Detail durchorganisierten Versöhnungsoffensive: Dabei geht es dem Präsidenten darum, Amerikas Führungsrolle in der transatlantischen Welt zu unterstreichen; jetzt legt er den Fokus auf die Gemeinsamkeit der Probleme, der Grundlagen und der Werte. „Gemeinsam handeln“ avanciert zum neuen Mantra amerikanischer Bündnispolitik. Dahinter steht weniger außenpolitischer Gesinnungswandel als vielmehr die realistische Einsicht, dass die USA mit Blick auf die anstehenden weltpolitischen Probleme gut beraten sind, die Unterstützung Europas zu suchen beziehungsweise die seit dem Irakkrieg offenkundigen Differenzen zwischen Amerika und Europa zu überwinden. Bush strebt jetzt eine stärkere Einbindung der Europäer an, weil er einsieht, dass sich die meisten Lasten, auf mehreren Schultern verteilt, leichter tragen lassen.

Sein Angebot zur Kooperation ist alles andere als ein Zeichen amerikanischer

Schwäche, im Gegenteil. Präsident Bush kam selbstbewusst und mit dem Rückenwind des Erfolges nach Europa: Die Wahlen in Afghanistan, in Palästina, in der Ukraine und im Irak haben ihn in seinem Ansinnen bestärkt, die Macht der Freiheit und der Demokratie zur zentralen Dynamik der Weltpolitik weiterzuentwickeln. Unter der Führung von Präsident Bush geht diese Dynamik weiter von Washington aus: „Ich habe dem amerikanischen Volk gesagt, dass ich in meiner zweiten Amtszeit mit Freunden und Verbündeten zusammenarbeiten werde, um die Freiheit und den Frieden zu verbreiten.“ Der amerikanische Präsident ist von der Richtigkeit seiner Politik mehr denn je völlig überzeugt. Seine eindrucksvolle Wiederwahl und der unerwartet erfolgreiche Verlauf der irakischen Wahlen haben seine Entschlossenheit gefestigt. Gleichzeitig haben die Wahlen im Irak in Europa das Gefühl der Unrechtmäßigkeit von Bushs Irakpolitik lindern können.

In Europa wird in diesem Zusammenhang vergessen, dass Bush nicht unkontrolliert von Krieg zu Krieg geschlittert ist, sondern sich von Anfang an – das gilt für Afghanistan und auch für den Irak – bei allen Ausuferungen sachlich und nüchtern seine Ziele gesteckt hat, wenn diese auch nicht immer erfolgreich bewältigt wurden. Aber er hat nie kriegswütig gehandelt. Bei allen anderen Krisen vom Iran über Syrien und Nordkorea bis zur Ukraine werden militärische Maßnahmen allenfalls als *last resort* verstanden, als kraftvoller Hebel, um Erfolg zu erzielen. Im Kern handelt Bush immer noch nach Maßgabe amerikanischer Sicherheitsinteressen, die sich nicht verändert haben.

Bush trat in Europa und Deutschland entspannt auf, weil er in der Verfolgung seiner Ziele, der Verbreiterung von Freiheit und Demokratie, in eine neue, unerwartet erfolgreiche Etappe eingetreten

ist. Seine Interpretation von Partnerschaft bedeutet nicht, dass er den Europäern in der Sache Recht gibt, sondern allein die Einsicht, dass öffentliche Konfrontation auf Dauer zu anstrengend ist. Es ist angenehmer, Gemeinsamkeiten, selbst wenn sie noch so gering sind, zu betonen. Daher ist seine Haltung gegenüber Europa zwar freundlich und versöhnlich, aber keineswegs apologetisch.

Bush bekannte sich in der Hauptstadt Europas zwar zu einem geeinten und starken Europa, allerdings wünscht er sich ein atlantisches Europa, das sich nicht als Gegenmacht zu den USA versteht, sondern auf der Grundlage gemeinsamer Werte an der Seite der USA seine weltpolitische Rolle sucht und findet. Vor allem liegt ihm die Stärkung der NATO am Herzen, weil sie die wichtigste Institution, das zentrale Forum zur multilateralen Durchsetzung amerikanischer Interessen darstellt.

Der Blick hinter Schröders Reformoffensive

Vor diesem Hintergrund kommt der Kritik von Bundeskanzler Schröder auf der Münchener Sicherheitskonferenz besondere Brisanz zu. Schröders Vorwurf, die NATO sei „nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultieren und koordinieren“, öffentlich formuliert und mit niemandem abgesprochen, dazu die Vorveröffentlichung von Schröders Rede in der Zeitung und das Verlesen des Redetextes durch Verteidigungsminister Peter Struck hatten nicht nur die Sicherheitsexperten in München, sondern vor allem Brüssel und die Regierung Bush erbost. Insbesondere Schröders Vorschlag, die NATO durch ein externes Gremium von Fachleuten zu reformieren, hatte entweder mangelnden Realitätssinn offenbart oder den Eindruck verstärkt, Schröder wolle die NATO sogar zu Grabe tragen.

Doch, von der undiplomatischen Vorgehensweise abgesehen, macht Bundeskanzler Schröders Anregung auf den ersten Blick Sinn: Die NATO, im Kalten Krieg Schaltstelle der westlichen Sicherheit, ist seit der Zeitenwende nicht mehr der zentrale Ort, an dem die Mitglieder ihre strategischen Überlegungen darlegen. Nach dem 11. September 2001 rief das Bündnis zwar zum ersten Mal in der Geschichte den Bündnisfall aus, doch die USA, Europas Zögern auf dem Balkan nicht vergessend, planten den Afghanistan-Krieg lieber mit einer Koalition der Willigen. Auch die neue amerikanische Sicherheitsstrategie wurde im NATO-Rat nicht erörtert, ebenso wenig wie die strategischen Implikationen des Irakkrieges. Bis heute hat die NATO keine angemessene Militärstrategie als Antwort auf terroristische Herausforderung in Europa und in der Welt gefunden. Auch über andere sicherheitspolitische Probleme, die durch die Haltung des Iran verursacht werden, fehlt eine entsprechende Diskussion.

Trotzdem ging Schröders Kritik in München am Problem vorbei: Zur Diskussion bedarf es keiner neuen Strukturen, denn die NATO hat ein Konsultationssystem entwickelt, das sowohl auf militärischer als auch auf politischer Ebene voll funktionsfähig ist. Es geht somit nicht um einen Mangel an Gelegenheiten, sondern es fehlt der Wille zur effektiven Beratung in den Gemeinschaftsinstitutionen. Hier entpuppt sich Schröders Vorwurf zudem als Bumerang, da er selbst im Sommer 2002 auf dem Höhepunkt der Irakkrise seine Kritik an den US-militärstrategischen Vorstellungen auf den Marktplätzen des Bundestagswahlkampfes geäußert hatte – und nicht in den NATO-Gremien. Im April 2003 hat Schröder die Allianz darüber hinaus zusätzlich geschwächt, als er hastig mit Frankreich und Belgien den Pralinen-gipfel der Kriegsgegner organisierte, um

neue europäische Sicherheitsstrukturen auf Kosten der NATO zu schaffen. Und bis heute bleibt die Bundesregierung zögerlich mit Blick auf die amerikanische Initiative einer NATO-Response-Force und befürwortete noch Ende des vergangenen Jahres den Beschluss, in der EU mobile Kampftruppen einzurichten, anstatt dieses Konzept im Rahmen der NATO zu diskutieren. Bundeskanzler Schröder hat selbst nicht die NATO als Forum der Diskussion genutzt, sondern suchte sie als atlantische Klammer zu schwächen. Stattdessen bemüht er sich mit Präsident Chirac um eine Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in Distanz, ja im Gegensatz zu den USA. In diesem Sinne versteht er die NATO weniger als Stärkung, sondern vielmehr als Konkurrenz europäischer Institutionen.

Wenn dann noch in München der deutsche Außenminister Fischer vorschlug, in der NATO solle über das Kyoto-Protokoll, den Internationalen Strafgerichtshof und die Todesstrafe diskutiert werden, dann wird klar, dass Schröder und Fischer vor allem den militärischen Kern der NATO schwächen, ja aushöhlen wollen. Auch deshalb bleibt Deutschland auf Kollisionskurs mit den USA. Wieder gelingt das Kunststück, wie schon im Irak vorexerziert, mit richtigen Argumenten falsche Außenpolitik zu betreiben. Anders als Schröder zeigt Präsident Bush jetzt allerdings bei seinem Besuch in Europa staatspolitische Klugheit: Er spricht diese und andere Differenzen nicht mehr öffentlich an, sondern lobt – ganz im Sinne der Charmeoffensive – jetzt jeden kleinsten Beitrag aus Berlin, und sei er noch so schmalbrüstig! Die Ironie des Ganzen, von der die amerikanische Diplomatie nicht gänzlich frei ist, wird in Berlin überhaupt nicht verstanden.

„Gleichberechtigte Partnerschaft“?

Die neue optimistische Lösung kann realpolitisch allerdings nicht darüber hin-

wegtäuschen, dass nur eines angestiegen ist, die Bedeutungslosigkeit Deutschlands. Wenn Bundeskanzler Schröder die neue Beziehung Deutschlands zu den USA gar als „gleichberechtigte Partnerschaft“ umschreibt, so wird dies in Washington mit betretenem Schweigen hingenommen. Denn aus amerikanischer Sicht bleibt Deutschland ein unsicherer Partner, der alles andere als gleichberechtigt ist. Eine Frage, die auf das Angebot der „Partnership in Leadership“ seines Vaters von 1989 anspielte, beantwortete George W. ausweichend: Amerika habe viele Partner, auch Deutschland, und alle müssten ihre Pflicht tun.

Gerade auf der Folie der engen deutsch-amerikanischen Beziehungen, die ihren Höhepunkt beim Besuch von Präsident George Bush im Mai 1989 erreichten, werden der frappierende Gegensatz und der Bedeutungsverlust Deutschlands besonders offenkundig: In den Jahren bis zur Wiedervereinigung hatten die führenden Außenpolitiker der alten Bundesrepublik aus der ehemaligen Provinz Trizonesien eine verlässliche Mittelmacht geschaffen, die in Stil, Diplomatie, aber auch in wirtschaftlicher Leistungskraft und vor allem im weltpolitischen Ansehen ohne Vergleich in der deutschen Geschichte da stand und deren fester Ankerpunkt im transatlantischen Bündnis lag.

Mit der Machtübernahme der rot-grünen Bundesregierung gingen die neuen Herren in Berlin, ihrer politischen Herkunft entsprechend, eher auf außen- und innenpolitische Distanz gegenüber den Leistungen der alten Bundesrepublik. Vor allem lösten sie die enge Bindung an den amerikanischen Partner. An internationaler Bedeutung hat das seit 1998 irrlächternde Deutschland dadurch allerdings nicht gewonnen: Während Bush senior die Entwicklung der Bundesrepublik 1989 noch als Erfolgsgeschichte gesehen und die Bundesrepublik schon vor der Wiedervereinigung zu einem selbstbe-

wussten Verhalten aufgefordert hatte, formuliert Bush junior 2005 nur noch unverbindliche Freundlichkeiten. Unträgliches Zeichen für den deutschen Bedeutungsverlust ist auch, dass der deutsche Wunsch nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat vom amerikanischen Präsidenten gar nicht erst angesprochen wurde, denn seit dem Irakkrieg ist Deutschland in den Augen der amerikanischen Regierung alles andere als ein verlässlicher Partner. Schröder und Fischer treten für eine UNO ein, die eine multipolare Welt hervorbringen und die unipolare Welt unter der Führung der USA ablösen soll.

Im Gegensatz zwischen Washington und Berlin geht es also weiter um Grundsätzliches, um gegensätzliche Entwürfe beziehungsweise Vorstellungen über eine künftige Weltordnung. Zum ersten Mal in der Geschichte der bilateralen Beziehungen steht Deutschland im offenen Gegensatz zu den USA. Dies wurde nicht explizit von deutscher Seite formuliert, ist aber implizit unübersehbar.

Dennoch hat Präsident Bush in Mainz erklärt, der Schlüssel zu Europa liege in Deutschland. Um gute Beziehungen zu Europa zu haben, müsse Amerika gute Beziehungen zu Deutschland haben. Darauf steckt nach wie vor Bushs Hoffnung, dass Deutschland irgendwann seine zentralen Aufgaben wieder verantwortungsvoll, umsichtig und kraftvoll wahnimmt, vor allem Europa erfolgreich, stabil, berechenbar, einig und transatlantisch orientiert auszurichten. Wie schön und angemessen wäre es daher gewesen, hätte Bundeskanzler Schröder sich in Mainz dazu durchringen können, Amerikas Beitrag im Irak zum Sturz des Diktators Hussein zu würdigen und zu erklären, dass man gerade in Deutschland Amerikas Opferbereitschaft zu respektieren, vielleicht sogar zu schätzen weiß. Unbeschadet der vergangenen Gegensätzlichkeiten scheinen Europäer und

Amerikaner mittlerweile zumindest darin einig, dass die Demokratie im Irak eine schützenswerte Errungenschaft ist. Eine Würdigung der Opferbereitschaft hätte nicht nur Stil gehabt, sondern hätte nach den Streitigkeiten auch eine Basis für neue Gemeinsamkeiten bieten können. Die Vertreter der rot-grünen Bundesregierung bleiben vielmehr bei kleinerlicher und anmaßender Rechthaberei. Hat Präsident Bush seine Arroganz der Macht zugunsten diplomatischer Geschmeidigkeit aufgegeben, so schimmert zumindest in Berlin nach wie vor die Arroganz der Ohnmacht durch die deutsche Amerikapolitik hindurch.

Die Bundesregierung muss die Politik des Ressentiments, des schwelenden Antiamerikanismus, einstellen. Es darf nicht länger der Eindruck entstehen, als ob die neue strategische Partnerschaft Deutschlands sich exklusiv auf Russland bezieht, die USA hingegen als kritischer und unerwünschter Gegenpol auf internationalem Parkett verstanden werden. Zum Zweiten muss Berlin endlich auch mit Blick auf Paris die neuen Achsen beziehungsweise das Dreieck Moskau-Paris-Berlin entlasten und stattdessen seine Kraft und Leistungsfähigkeit in die transatlantischen Strukturen verlagern. Nicht nur das nationale Interesse Deutschlands, nicht nur die neue Staatsräson Deutschlands als Zentralmacht Europas (Hans-Peter Schwarz), sondern vor allem Deutschlands Rolle als transatlantischer Akteur muss wieder betont werden. Jetzt gilt es endlich anzuknüpfen an das, was Hannah Arendt als atlantische Zivilisation umschrieben hat.

Amerikanische Fokusverschiebung nach Mittel- und Osteuropa

Zudem sollten die Deutschen darüber hinaus nicht aus den Augen verlieren, dass die Amerikaner in Zukunft geneigt sein könnten, einfach über Westeuropa hinwegzuschreiten. Es wird hier zu Lande

oft übersehen, dass für Washington Bratislava die wichtigste Station darstellte. In der slowakischen Hauptstadt würdigte Bush beispielhaft die Demokratisierungserfolge im ehemaligen Sowjetblock und schlug zugleich einen historischen Bogen zum Irak: „Der Vormarsch der Freiheit ist das gemeinsame Werk von Generationen“, erklärte Bush, „es hat fast ein Jahrzehnt seit der samtenen Revolution 1989 gedauert, in diesem Land die Demokratie zu verwurzeln.“ Nach fünfzehn Jahren sei der Prozess weiter fortgeschritten und habe Georgien und vor allem die Ukraine erreicht. Bush versteht seine Außenpolitik im Zeichen demokratischer Vorsehung: „Für das irakische Volk ist 2005 sein 1989, und es wird sich immer daran erinnern, wer bei seinem Freiheitsstreben an seiner Seite gestanden hat.“ Von der samtenen Revolution 1989 zur purpurnen Revolution im Irak sieht Präsident Bush die USA als leuchtendes Vorbild für Demokratie und Freiheit. Er stellt sich ganz in die idealistische Tradition von Thomas Jefferson und Woodrow Wilson und in die realistische von Theodore Roosevelt bis Ronald Reagan, wenn er den Kampf für die Demokratisierung der Welt in den Mittelpunkt seiner zweiten Amtszeit stellt. Als „Theodore Wilson“ erinnert er in Pressburg (Bratislava) daran, wer an Amerikas Seite für Freiheit kraftvoll und opferbereit eintritt. Er erinnerte auch die Deutschen daran, dass erst durch den Tyrannensturz der Keim für die Freiheit gesetzt werden kann und dass die Einheit Deutschlands in Freiheit und Westbindung ebenfalls erst durch Amerikas Beistand möglich wurde. Doch hier zeigt Berlin seit Jahren, obwohl ansonsten im Blick auf das Dritte Reich durchaus geschichtsbewusst, Erinnerungslücken und versteht auch deshalb nicht Amerikas neue und zupackende und zugleich geschichtsmächtige Kraft.

Amerikas Schwerpunktverlagerung von West- auf Mittel- und Osteuropa, sein

Werben und seine Sympathie für die neuen jungen Demokratien, die auf dem Boden des ehemaligen Sowjetimperiums entstanden, sind allerdings kaum zu übersehen. Bush zeigt Sympathie für den kraftvollen Selbstbehauptungsnationalismus in Mittel- und Osteuropa. Er hat Verständnis für die dortigen Sicherheitsbelange und weiß gleichzeitig die Interessen der Mittel- und Osteuropäer klug für eigene Interessen zu nutzen.

Dass er mit Russlands Präsidenten Putin in Pressburg zusammentraf, verweist auch auf neue machtpolitische Realitäten. Keine Rede mehr davon: „Ich habe dem russischen Präsidenten eindringlich in die Augen und in seine Seele geschaut und bin zu dem Schluss gekommen: Diesem Mann kann man vertrauen.“ Heute verfolgt Bush hingegen mit Argwohn, wie Putin amerikanischen Interessen schadet. Die Gemeinsamkeiten im Krieg gegen den Terror werden dünner. Der Kremlchef beharrt auf atomaren Geschäften mit dem Iran, nimmt Teheran zu beitreitwillig dessen friedliche Gesinnung ab. Putin beliefert China und Syrien mit Waffen, vor allem schraubt er die anfänglichen Bemühungen um Demokratisierung im eigenen Land wieder zurück. Er kontrolliert die Medien und benutzt die russische Justiz, um sich im Fall Yukos durchzusetzen.

Während Bundeskanzler Schröder seine Männerfreundschaft mit Präsident Putin zelebriert und dessen Politik unkritisch hinnimmt, geht Präsident Bush auf politische Distanz zum Kremlchef. Dies zeigte sich auch in Bratislava, als Bush daran erinnerte, dass die Slowakei einst zur sowjetischen Einflusssphäre gehörte, heute aber als Mitglied von NATO und Europäischer Union ihre Heimat im Westen gefunden hat. Kein Wunder, dass der frühere russische Dissident Nathan Sharanski, heute israelisches Regierungsmitglied, bei Präsident Bush höchstes Ansehen genießt, hat er doch schonungslos in

einem Buch kommunistische Realität ausgeleuchtet und vor diesem Hintergrund seine tiefe Sehnsucht nach der Verbreitung von Freiheit und Demokratie dargelegt.

Auch die Regierung Bush wünscht ein starkes Russland, aber wie sein Sicherheitsberater Stephen Hadley erklärte, im 21. Jahrhundert entsteht ein starkes Russland im Sinne Amerikas nur durch demokratische Strukturen.

Fazit der Europareise

So bleibt als Fazit von Bushs Europareise: Freindlichkeiten für das alte Europa, aber aufrichtiger Enthusiasmus für die neuen jungen Demokratien in Mitteleuropa, besonders die der Slowakei, und ein neuer, nicht unkritischer Realismus gegenüber Russland. Der Europabesuch von Präsident Bush, insbesondere sein Besuch in Deutschland, war kein romantisches Rendezvous, aber ebenso wenig wurde ein Krach vom Zaun gebrochen. Ein kluger „dritter Weg“ wird derzeit beschritten: Beide Seiten einigten sich, in kühler Freundschaft unterschiedlicher Meinung zu bleiben; allerdings bleibt zu hoffen, dass dies in Zukunft hinter verschlossenen Türen geschieht. Präsident Bush hat Europa Kooperation angeboten, allerdings besteht die Gefahr, dass das alte Europa dies als Sieg seiner sanften Macht über die harte Machtstrategie Washingtons interpretiert. Wer das tut, unterschätzt Präsident Bush. Er wird gewiss gern europäische Hilfe in Anspruch nehmen, vor allem, um den Terror zu besiegen. Hierin liegt der harte unwandelbare Kern. Bleibt allerdings europäische Hilfe aus, wie von Bush sanft im Ton, aber hart in der Sache angemahnt, wird er wieder alleine handeln, ja handeln müssen.

Die Chancen für verbesserte deutsch-amerikanische und somit auch für die europäisch-amerikanischen Beziehungen stehen besser als seit Jahren. Dafür sorgen die jüngsten internationalen Ereignisse

einerseits und die zufrieden-versöhnliche Haltung der Bush-Administration andererseits. Seit dem Tod von Jassir Arafat hat sich im Nahostfriedensprozess eine neue Chance aufgetan, nicht zuletzt dank der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten nicht nur bereit sind, ihr Gewicht wieder in die Waagschale zu werfen, sondern auch weil die Europäer anerkennen müssen, dass die Amerikaner in ihrer skeptischen Einschätzung von Arafat seit Jahren richtig lagen, während die Europäer einem falschen Prinzip Hoffnung aufgesessen waren. Der französische Schwenk auf die amerikanische Linie mit Blick auf Libanon und Syrien gibt weiterhin Anlass zu Hoffnung auf einen verbesserten transatlantischen Dialog, der durch die Gemeinsamkeiten im Nahen Osten befördert wird.

Die Strahlkraft für Vitalität und Festigkeit des transatlantischen Bündnisses wird sich jetzt vor allem bei den Problemen im Nahen Osten beweisen müssen. Aber das diplomatische Geschick und die strategische Weitsicht der Regierung Bush im Hinblick auf den Friedensprozess im Nahen Osten verweisen zu Beginn der zweiten Amtszeit auf Anzeichen einer gemäßigteren Außenpolitik. Vielleicht kehrt mit der neuen Außenministerin Condoleezza Rice ein Stück Realismus in die amerikanische Außenpolitik zurück und drängt damit die neokonservativ-utopisch-idealistische Ausrichtung der ersten Amtszeit in den Hintergrund?

Gleichzeitig haben Deutschland und Europa – wenn auch eher zögerlich – erkannt, dass sie bei der Konfliktachsorge auch im eigenen Interesse stärker auftreten können und vielleicht sogar müssen. In den USA bemerkt man, dass selbst die Franzosen mit ein paar Millionen Dollar zur Stabilisierung des Irak beitragen wollen. Die Zusammenarbeit in der Ausbildung von Sicherheitskräften und durch direktes Engagement vor Ort, wie etwa in

Afghanistan, wird von den USA honoriert und könnte ausgebaut werden. Mit Blick auf den Iran sind beide Seiten der Überzeugung, dass mit dem Zuckerbrot der wirtschaftlichen Anreize der Europäer und mit der militärischen Peitsche Amerikas arbeitsteilig mehr erreicht werden kann, als wenn die Europäer die amerikanische Drohkulisse schwächen, wie jüngst durch die Äußerung von Bundeskanzler Schröder geschehen.

Dennoch stehen die Chancen für eine transatlantische Wiederannäherung nicht so gut, wie es sich alte Europäer wie Schröder und Chirac vorstellen. Die Herzlichkeit und Verbundenheit, wie sie zwischen den USA und der alten Bundesrepublik vorherrschte, wird sich unter Bush und Schröder nie mehr einstellen. Ohne die gemeinsame Klammer des Kalten Krieges bleibt die strategische Allianz strukturell labiler als in vergangenen Jahrzehnten. Dass persönliche Animositäten zusätzlich die Dinge erschwert haben, ist von besonderer Tragik. Weitere Probleme stehen an, die das soeben neu gegossene transatlantische Fundament erheblich erschüttern könnten: Bundeskanzler Schröders Schrittmacherrolle bei der Forderung nach Aufhebung des europäischen Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China lässt ebenfalls neue Unstimmigkeiten ahnen. Amerikas Rolle mit Blick auf den Iran und die Demokratisierung des Nahen Ostens wird von den Europäern trotz aller Kooperationsbeteuerungen weiter mit Misstrauen beobachtet. Die Tatsache, dass Präsident Bush die diplomatischen Bemühungen der Europäer gegenüber dem Atomprogramm des Iran mit taktischem Wohlwollen bedenkt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung Bush dem iranischen Treiben mehr als skeptisch gegenübersteht und bereit ist, notfalls militärisch einzuschreiten. China, der Iran, der Nahen Osten und nicht zuletzt die Diskussion um eine Reform der NATO werden zeigen, ob der

neue dritte Weg von beiden Seiten eingehalten wird.

Die größte Gefahr liegt darin, dass Europa sich selbst überschätzt. Washington spricht zwar nicht mehr vom schwachen, sondern vom starken Europa – nicht weil die Regierung Bush plötzlich ihre Liebe zu Europa entdeckt hat oder vom alleinigen Weltmachtanspruch Abstand nimmt; ganz im Gegenteil: Bei Bushs Europabesuch wurden wir Zeuge, wie die USA versuchen, ihre Rolle als Weltordnungsmacht zu optimieren. Dieses Ziel soll mit mehr Lastenteilung erreicht werden. Auch vergessen die Europäer, dass sie als Nachbarn ein weitaus größeres Interesse an der Stabilität der Nahost-Region entwickeln müssen als die Vereinigten Staaten.

Vor amerikanischen Soldaten hat Präsident Bush in Wiesbaden unmissverständlich klargemacht, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus weiter im Zentrum seiner Außenpolitik stehen wird und nur dann gewonnen werden kann, wenn der Krieg zum Feind getragen wird. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob die neue diplomatische Geschmeidigkeit Washingtons mehr als ein Zwischenspiel sein wird. Deshalb wäre es nur logisch, wenn die Europäer, vorneweg die Deutschen, den Schulterschluss mit den USA auch dann suchten, wenn diese im Notfall bereit sind, freiheitliche Ziele im Nahen Osten durch militärischen Druck durchzusetzen. Oder glaubt jemand in Europa allen Ernstes, dass zum Beispiel Syrien als Beförderer von Terrorismus, als Unterdrücker im Libanon und als Unterstützer vieler antiisraelischer Aktivitäten nur mit gutem Zureden zum Einlenken zu bringen wäre? Oder dass das Mullah-Regime in Teheran durch Plauderei von seinen nuklearen Ambitionen abzubringen sei?

Doch wird man bald wieder beschwichtigende Töne aus Berlin hören.

Dies ist die Achillesferse rot-grüner Außenpolitik: Sie versteht bis heute zivile und militärische Mittel als Gegensatz und nicht als sich gegenseitig ergänzende, stärkende Elemente. Beschwichtigung führt nicht zu Sicherheit. Nur eine macht- und kraftvolle Einstellung führt zur Durchsetzung eigener Interessen und zur Abwehr von diktatorischen Übergriffen. Nur wer sich dazu bekennt, notfalls auch Gewalt anzuwenden, kann Frieden und Schutz menschlichen Lebens bewahren. Berlin muss deshalb endlich einen normalen selbstverständlichen Umgang mit militärischen Mitteln als notwendigem Friedensinstrument finden. Der Auftrag des Soldaten besteht darin zu kämpfen, zu helfen, zu retten und zu schützen, damit die Politik die Chance bekommt, den Frieden zu erhalten, so der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann. Hätte der Bundeskanzler in diesem Sinne eine Reform der NATO angestoßen, hätte er offene Türen eingerannt, auch bei Präsident Bush. Stattdessen hat Schröder den amerikanischen Präsidenten mit halbgaren und zugleich durchsichtigen Vorschlägen gereizt, weil er alles andere als eine Stärkung der NATO und Verständnis für Amerikas Interessen zeigte. Deshalb bleibt als letztes Resümee von Bushs Europabesuch festzuhalten: Der Tiefpunkt der Glaubwürdigkeitskrise ist nur äußerlich durchschritten. Innerlich hat sich Bush vermutlich noch weiter von Deutschland entfernt, als die Deutschen es wahrhaben wollen. Bush hat im Zuge seines Besuches einsehen müssen, dass diese Bundesregierung kein verlässlicher, berechenbarer und kraftvoller Partner ist für die Aufgabenstellungen, die er als Herausforderungen Europas und der Weltpolitik ansieht. Doch diese bittere, realistische Selbsteinschätzung wird in Berlin, wenn überhaupt, nur hinter vorgehaltener Hand geäußert werden.